

Aktenzeichen  
1.StVK 1185/07

34 Js 73873/97 StA Darmstadt ZwSt Offenbach



## Landgericht Gießen

### Beschluss

In der Strafvollstreckungssache

gegen

wegen gewerbsmäßiger Hehlerei,  
hier: Reststrafenaussetzung zur Bewährung,

hat die 1. Strafvollstreckungskammer des Landgerichts Gießen am 5.9.2007  
beschlossen:

1. Die Vollstreckung der Reststrafe von 6 Jahren 3 Monaten aus dem Urteil des Landgerichts Darmstadt vom 14.9.1999 (34 Js 73873/97 15 Kls) wird ab Rechtskraft der Entscheidung zur Bewährung ausgesetzt.
2. Die Bewährungszeit wird auf 3 Jahre festgesetzt.
3. Für die Dauer der Bewährungszeit wird der Verurteilte der Aufsicht und Leitung der für seinen Wohnsitz zuständigen Bewährungshilfe unterstellt.

4. Jeden Wohnsitzwechsel oder Wechsel seines regelmäßigen Aufenthaltsorts hat der Verurteilte unverzüglich der Bewährungshilfe mitzuteilen.
5. Die Belehrung über die Bedeutung der Strafaussetzung zur Bewährung wird dem Leiter der JVA Butzbach übertragen.

#### Gründe:

Der Verurteilte verbüßt die oben genannte Freiheitsstrafe zurzeit in JVA Butzbach. Die Hälfte der Strafe war bereits am 19.12.2000 verbüßt; 2/3 der Strafe wäre am 4.1.2002 vollstreckt gewesen. Zum 22.2.2001 wurde gemäß § 456 a StPO von der weiteren Vollstreckung der Strafe abgesehen und der Verurteilte in die Türkei abgeschoben.

Am 1.7.2007 ist der Verurteilte erneut eingereist und hat sich am 6.8.2007 freiwillig zum Strafantritt in der JVA Butzbach gestellt. Zwischenzeitlich verfügt er über eine Aufenthaltserlaubnis nach § 28 I S. 1 Nr 1 AufenthaltsG.

2/3 der Strafe wäre am 17.6.2008 verbüßt; Endstrafe ist auf den 17.7.2010 notiert.

Die JVA hat die bedingte Entlassung nunmehr befürwortet.

Die Staatsanwaltschaft ist einer bedingten Entlassung nunmehr nicht mehr entgegengetreten.

Der Verurteilte ist mit der bedingten Entlassung einverstanden.

Es kann unter Berücksichtigung des Sicherheitsinteresses der Allgemeinheit verantwortet werden, zu erproben, ob sich der Verurteilte künftig straffrei halten wird, § 57 Abs. 1 StGB.

Das bei der Prognose einzugehende Erprobungswagnis setzt keine sichere Gewähr künftiger Straffreiheit voraus; es genügt insoweit eine durch Tatsachen begründete Chance für ein positives Ergebnis. Dies kann nach Einschätzung der Kammer zum gegenwärtigen Zeitpunkt gesagt werden. Der Verurteilte erscheint doch deutlich beeindruckt von den Folgen seiner Straftaten, welche für ihn nicht nur eine hohe Haftstrafe, sondern –aufgrund der Abschiebung- auch eine rund sechsjährige

Trennung von seiner in Deutschland verbliebenen Familie mit sich gebracht hat. Hinzu kamen erhebliche finanzielle Belastungen.

Die Kammer geht davon aus, dass der Verurteilte nunmehr begriffen hat, dass sich Straftaten nicht „lohnen“ und sich künftig straffrei führen wird.

Mittlerweile erscheint es bei Würdigung aller Umstände auch vertretbar, die Reststrafe bereits vor Erreichen des 2/3-Zeitpunktes in Anwendung des § 57 II Nr 2 StGB zur Bewährung auszusetzen, da die Gesamtwürdigung von Tat, Persönlichkeit des Verurteilten und seiner Entwicklung während des Strafvollzuges ergibt, dass besondere Umstände vorliegen.

Hierbei ist insbesondere zu berücksichtigen, dass zwischenzeitlich auch die spätesten Taten 10-11 Jahre zurück liegen und sich der Verurteilte seither –auch nach seiner Abschiebung– über viele Jahre straffrei geführt hat. Er hat die Zeit genutzt, sich beruflich als Schmuckhändler aus- und fortzubilden, wodurch er nunmehr über gute Erwerbschancen auch in Deutschland verfügt.

Der Verurteilte hat auch bereits sehr frühzeitig seine Taten bereut und in tätiger Abkehr maßgeblich dazu beigetragen, dass eine weitergehende Tataufklärung möglich war. So war er der entscheidende Hinweisgeber bezüglich Handydiebstählen in Millionenhöhe, wodurch die Verurteilung weiterer Straftäter ermöglicht wurde.

In der Haft war er zeitweise besonderen Repressalien ausgesetzt, da er aufgrund seiner Mitwirkung an der Aufklärung von Straftaten als „Verräter“ angesehen wurde.

Im Hinblick darauf, dass der Verurteilte in Deutschland aufgewachsen ist und hier sozialisiert wurde, darüber hinaus Frau und Kinder nach der Abschiebung in Deutschland zurückblieben und diese unter der immerhin 6 Jahre andauernden Trennung von dem Verurteilten erheblich zu leiden hatten, stellten Ausweisung und Abschiebung (verbunden mit einem Wiedereinreiseverbot) für den Verurteilten auch in besonderer Weise ein zusätzliches Übel ungeachtet der Haftunterbrechung dar.

Dies alles lässt es nach Auffassung der Kammer –trotz des von dem Verurteilten seinerzeit begangenen schweren Unrechts– nunmehr als vertretbar erscheinen, die Reststrafe zur Bewährung auszusetzen.

Rechtsmittelbelehrung: sofortige Beschwerde (siehe Anlage)

*Schneider*

Schneider

Richterin am LG

Ausgefertigt / Beglaubigt

Gießen, den 06.03.07

*K. Schneider*  
als Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle



### Belehrung über das Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde

1. Sie können den Ihnen verkündeten oder zugestellten Beschluss mit der **sofortigen Beschwerde** anfechten.
2. Die sofortige Beschwerde kann nur **innen einer Woche** nach Verkündung beziehungsweise Zustellung des Beschlusses bei dem Gericht, dessen Entscheidung angefochten wird, zu **Protokoll der Geschäftsstelle oder schriftlich unter Angabe von Aktenzeichen und Datum des Beschlusses** eingelegt werden.
3. Bei schriftlichen Erklärungen genügt es zur **Fristwahrung nicht**, dass die Erklärung innerhalb der Frist zur Post gegeben wird. Die Frist ist vielmehr nur dann gewahrt, wenn die Erklärung vor dem Ablauf der Frist bei dem Gericht eingeht und in **deutscher Sprache** abgefasst ist.
4. Fällt das Ende der Frist auf einen Sonntag, einen allgemeinen Feiertag oder einen Sonnabend, so endet die Frist mit Ablauf des nächsten Werktages.
5. Der nicht auf freiem Fuß befindliche Beschuldigte kann die Erklärungen, die sich auf Rechtsmittel beziehen, zu Protokoll der Geschäftsstelle des Amtsgerichts geben, in dessen Bezirk die Anstalt liegt, wo er auf behördliche Anordnung verwahrt wird.  
Zur Wahrung der Frist genügt es, wenn innerhalb der Frist das Protokoll aufgenommen wird.
6. Die Beschwerde gegen Entscheidungen über die Verpflichtung, Kosten oder notwendige Auslagen zu tragen, ist nur zulässig, wenn der Wert des Beschwerdegegenstandes **100,- Euro** übersteigt.

StP GI.11 L (Rechtsmittelbelehrung sofortige Beschwerde)